

**Christen und Politik
ein Positionspapier**

Vorwort

Wir sind Christen verschiedener Bekenntnisse, die sich im Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie der Ökologisch - Demokratischen Partei (ÖDP) engagieren.

„Das Menschenbild der ÖDP beruht auf christlich-humanistischen Werten,“ so steht es im Grundsatzprogramm der ÖDP.

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, ein Positionspapier zu erarbeiten, in dem diese Werte und ihre Bedeutung für die Politik näher erläutert sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar ein weltanschaulich neutraler Staat, doch da diese sich auf Werte, wie sie im Grundgesetz garantiert sind, gründet, ist sie nicht wertneutral.

Gemeinsame, tragende Werte scheinen an Bedeutung zu verlieren. Darin sehen wir die Ursache vieler gesellschaftlicher Probleme.

Funktionierendes Zusammenleben ist aber darauf angewiesen, dass grundlegende Werte wie beispielsweise Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Solidarität das Handeln der Menschen bestimmen.

Für uns Christen sind diese Werte sowie Vergebung und Versöhnung im Evangelium verankert.

Unser Glaube an Gott als Schöpfer verpflichtet uns zur Ehrfurcht vor dem Leben und zum Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung.

Wir hoffen, mit diesem Positionspapier einen Beitrag für nachhaltige und wertorientierte Politik zu leisten.

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlegende Werte
2. Familie
3. Schutz der Menschenwürde vom Anfang bis um Ende
4. Staat und religiöse Gemeinschaften
 1. Religionsunterricht
 2. Theologische Ausbildung, Kirchensteuer
 3. Kirchliches Arbeitsrecht
5. Gesellschaftliches Leben
 1. Feiertage
 2. Sonntagsruhe
 3. Religiöse Symbole in der Öffentlichkeit
6. Verantwortung für die Welt
 1. Verantwortung für die Schöpfung
 2. Internationale Zusammenarbeit
 3. Europa
 4. Wehrdienst/Friedensdienst

1. Grundlegende Werte

Folgende Werte sind Grundlage für politisches Handeln:

1. Glaubwürdigkeit
Politisches Handeln ist glaubwürdig wenn es von Ehrlichkeit und Verlässlichkeit geprägt ist
2. Verantwortung in der Politik fordert den sorgsamem Umgang mit den Mitmenschen (auch künftigen Generationen), mit allen Kreaturen und der Schöpfung.
Verantwortliches Handeln ist nachhaltig.
3. Selbstbeschränkung - Bereitschaft zum Teilen der Macht, Bereitschaft, gemeinsam bestmögliche Lösungen zu erarbeiten
4. Wertschätzung gegenüber jedem Menschen
Die Würde eines Menschen ist nicht abhängig von der Leistung oder der gesellschaftlichen Stellung.
5. Gerechtigkeit als Grundlage der Politik hat sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich national und weltweit im Blick und ist Grundlage für friedliches Zusammenleben.
6. Solidarität heißt, auch die zu unterstützen, die nicht der eigenen Gruppe (z.B. Nation, Religion) angehören
7. Einsatz für den Frieden
Auch in der Politik ist der Weg des Friedens das Ziel. Dabei helfen zentrale christliche Werte wie die Bereitschaft zur Vergebung und zur Versöhnung.

2. Familie

Für uns ist die Familie die bewährteste Lebensform, in deren Geborgenheit der Mensch die ersten Jahre verbringt.

Dabei ist Familie überall dort, wo sowohl Eltern, Großeltern oder Verwandte für Kinder als auch Kinder für Eltern, Großeltern oder Verwandte dauerhaft Verantwortung tragen.

Der Begriff umfasst somit mehrere Generationen und auch Alleinerziehende.

In der Familie beginnt der junge Mensch, sein eigenes Leben bewusst zu gestalten. Dies wird sein späteres Verhalten als Erwachsener wesentlich prägen

Auf diese Weise leistet die Familie einen unverzichtbaren Beitrag für die Gemeinschaft und verdient deshalb besondere Wertschätzung und den Schutz des Staates.

3. Schutz der Menschenwürde vom Anfang bis um Ende

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt von Beginn des Lebens an bis zum Tod. Eingriffe in die Keimbahn, Präimplantationsdiagnostik zur Selektion genetisch erwünschter Embryonen, den Handel mit ihnen und das Klonen von Menschen lehnen wir entschieden ab.

Eine mögliche Behinderung oder gar das Geschlecht darf kein Abtreibungsgrund sein. Wir wollen eine ermutigende Beratung für das Leben und fordern mehr Hilfsangebote für Schwangere in Konfliktsituationen.

Wir setzen uns für ein Altern und Sterben in Würde ein und befürworten eine lebensbejahende Palliativmedizin.

Hospizangebote muss es auch in kleineren Städten geben.

4. Verhältnis Staat und Kirchen

4.1 Religions- und Ethikunterricht

Im Religions- und Ethikunterricht sollen für das gesellschaftliche Zusammenleben wichtige zentrale Werte vermittelt werden.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, zuzuhören, Fremdes zu achten, Toleranz und Akzeptanz einzuüben, Dialogfähigkeit einzuüben, bereit sein zu Vergebung und Versöhnung.

Der konfessionsgebundene Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ist beizubehalten.

Schülerinnen und Schüler, die nicht an einem Religionsunterricht teilnehmen, sind verpflichtet, den Ethikunterricht zu besuchen.

4.2 Theologische Ausbildung, Kirchensteuer

Sowohl die theologische Ausbildung an staatlichen Hochschulen als auch die Möglichkeit zum Einzug der Kirchensteuer durch die Finanzverwaltungen sollen beibehalten werden

4.3 Kirchliches Arbeitsrecht

Die Kirchen sind nach dem öffentlichen Dienst der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Anstellungsverhältnisse stark verändert.

Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die Arbeits- und Einstellungsbedingungen sowie das Streikrecht an die Regelungen aller anderen Arbeitnehmer angepasst werden.

Die Kirchen sind hier in den letzten Jahren Schritte in die richtige Richtung gegangen, dennoch müssen noch weitere Angleichungen in den Zugängen zu einem Beschäftigungsverhältnis unternommen werden.

Alle Bemühungen zu normalen Tarifverträgen, wie sie auch im öffentlichen Dienst abgeschlossen werden, finden unsere ausdrückliche Zustimmung.

Kirchliche Einrichtungen haben Vorbildcharakter. Deshalb müssen sie trotz hohem Kostendruck auf prekäre Arbeitsbedingungen wie Werkverträge und Leiharbeit verzichten.

Wie andere gesellschaftliche und politische Organisationen oder Parteien fordert die ÖDP das Aufheben von Vorschriften für Arbeitnehmer im außerdienstlichen bzw. privaten Bereich.

Sofern die Lebensweise und das private Verhalten nicht den Bereich der religiösen Verkündigung (Priester und Pfarrerinnen sowie Theologen im Verkündigungsdienst) berührt, darf diese keine arbeitsrechtlichen Nachteile für den jeweiligen Mitarbeiter bedeuten.

Loyalitätspflichten sind dem normalen Maß der Pflichten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei anderen Arbeitgebern anzugleichen.

5. Gesellschaftliches Leben

5.1. Feiertage:

Gesetzliche arbeitsfreie Feiertage haben heutzutage überwiegend einen christlichen Hintergrund (Karfreitag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, 1. und 2. Weihnachtsfeiertag).

Wegen der sich wandelnden Bevölkerungszusammensetzung empfehlen wir, Feiertage für andere Religionen zu ermöglichen, soweit dies von diesen gewünscht wird.

Ob im Tausch oder ergänzend ist einvernehmlich zu klären.

Sogenannte „stille Feiertage“ (z. B. Karfreitag) sind auch von Menschen ohne Bezug zu diesen zu tolerieren und weiterhin staatlich zu schützen.

5.2. Sonntagsschutz:

Der Schutz des Sonntags als arbeitsfreier Tag der Ruhe, Erholung, geistlichen Stärkung und der Pflege sozialer Kontakte stellt ein sehr hohes Gut dar.

Eine Zunahme der verkaufsoffenen Sonntage lehnen wir ab und befürworten eine Reduzierung der jetzigen Ausnahmeregelungen.

Die Landesladenschlussgesetze und das Arbeitszeitgesetz sind im Sinne des Sonn- und Feiertagsschutzes möglichst bundeseinheitlich restriktiver zu regeln.

Menschlicher Sonntagsarbeit sind finanzielle und organisatorische Hürden entgegenzusetzen.

Die DIN-Norm zur Festlegung des ersten Tages der Woche ist wieder auf Sonntag zu ändern. Es ist eine europaweite Lösung anzustreben.

5.3. Religiöse Symbole in der Öffentlichkeit:

Anordnungen, in öffentlichen Gebäuden Kreuze oder andere religiöse Symbole anzubringen, lehnen wir ab.

Andachtsorte und Glaubenszeugnisse (Bildstöcke, Wegkreuze, Feldkapellen etc.) sind zu erhalten.

6. Verantwortung für die Welt

„Die Berufung, Beschützer des Werkes Gottes zu sein, praktisch umzusetzen gehört für Christen wesentlich zu einem tugendhaften Leben“ (Laudato si 217, Papst Franziskus)

6.1. Verantwortung für die Schöpfung

Der Satz „Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und vermehret euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch ...“ (Gen 1, 28) aus dem Zusammenhang gerissen, kann als Aufforderung ausgelegt werden, die Erde zu plündern.

Spätestens seit der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus interpretieren Christen „... unterwerft sie euch“ als Auftrag, die Schöpfung verantwortlich zu verwalten.

Ähnlich hatte schon die sechste Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver zur Bewahrung der Schöpfung aufgefordert.

Schon das Wort Schöpfung sagt Christen, dass dahinter ein Größerer, eben ein Schöpfer steht.

Der Mensch, als Teil dieser Schöpfung ist, ist aufgefordert, ehrfürchtig mit dem Werk Gottes umzugehen.

Ursache für die hemmungslose Plünderung der Erde sehen wir Christen im Glauben an das Dogma:

Wachstum und freier unregulierten Markt würden die Menschen glücklich machen.

Christen sind befreit vom Zwang, immer mehr haben zu wollen.

6.2 Internationale Zusammenarbeit

Aus dem Glauben, dass alle Menschen Gottes Kinder sind, leitet sich für Christen ab, sich für weltweite Solidarität, und **Fairen Handel** einzusetzen.

Beim **Fairen Handel** geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern um eine Partnerschaft für Veränderungen und Entwicklung durch Handel.

6.3 Europa

Begründet in Christentum und Aufklärung wurden in Europa grundlegende Werte wie Religionsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung erkämpft:

Diese Werte sind in Europa zu bewahren.

6.4 Wehrdienst und Friedensdienst

Christen sehen den Einsatz von Waffengewalt nur in eng begrenzten Ausnahmesituationen als gerechtfertigt an.

Anzustreben ist die friedliche Lösung von Konflikten.

Ursachen von Konflikten sind wirtschaftliche Interessen, Ungerechtigkeit und Klimawandel

Die Beseitigung von Ungerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sind der wichtigste Friedensdienst.